

# Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 9

Von 24. 02. - 02.03.2025

# Fernpass: Opposition schäumt

**D**er 600-Millionen-Euro-Kredit für die Umsetzung des Fernpasspakets sorgt naturgemäß für Diskussionen. Die Opposition ortet bereits eine Kostenexplosion. Das Land verweist darauf, dass die notwendigen Mittel für die Vorhaben nicht aus dem Landesbudget und damit nicht aus Steuermitteln kommen, sondern sie werden kreditfinanziert. Im Vorjahr wurde das Investitionsvolumen mit 500 Mio. Euro beziffert.

„Nach nur einem Jahr kostet das Projekt schon um 100 Millionen mehr, 20 Prozent, man möchte meinen, man hätte die Mehrwertsteuer vergessen“, kritisiert FPÖ-Verkehrssprecherin Evelyn Achhorner.

Die NEOS sprechen vom „nächsten Projekt, das den Kostenrahmen sprengen wird“. Geisler verkaufe zudem „die Bevölkerung für dumm“, wenn er behauptete, dass diese „nicht direkt zur Kasse gebeten“ werde, meinte die pinke Klubobfrau Birgit Obermüller.

Liste-Fritz-Parteioberfrau und Landtagsabgeordnete Andrea Haselwanter-Schneider fürchtete ebenfalls, dass es Mehrkosten „zu Lasten der Steuerzahler“ geben wird, und stellte in den Raum, dass mit den 600 Mio. Euro „das Ende der Fahnenstange“ noch nicht erreicht sein könnte. Sie fordert eine Volksbefragung über das Fernpasspaket des Landes. (TT)



Wählen als Zeichen der Mitbestimmung und für eine starke Interessenvertretung: Auch Moser-Holding-Vorstandschefin Silvia Lieb gab ihre Stimme bei WK-Bezirksstellenleiter Stefan Wanner ab.

Foto: Böhm

# Heiße Phase bei der Kammer-Wahl

Bei der Wirtschaftskammer-Wahl entscheiden 52.867 Tiroler Unternehmer:innen über ihre Vertretung.

**Innsbruck** – Die Wahl der Wirtschaftskammer Tirol ist bereits voll angelaufen. Seit Anfang Februar können Tirols Unternehmerinnen und Unternehmer ihre neue Ständeververtretung künden. Gewählt werden kann aktuell in der Kammer in Innsbruck und allen sieben WK-Bezirksstellen sowie am Wifi oder auch per Briefwahl. Diese Briefwahlstimmen müssen bis 11. März in den Wahlbüros eintreffen. In Tirol finden die Urwahlen dann am 12. und 13. März 2025 statt. An diesen zwei Wahltagen können die Unternehmerinnen und Unternehmer dann in jedem der 97 Wahllokale ihre Stimme abgeben. Alle Wahllokale haben von 7.30 bis 19.00 Uhr geöffnet. Das Ergebnis der

Wirtschaftskammerwahlen wird am 14. März bekannt gegeben.

Bereits gewählt hat Moser-Holding-Vorstandsvorsitzende Silvia Lieb am Dienstag. Sie übergab die Wahlkuverts an die Wahlbehörde. Stefan Wanner, Bezirksstellenleiter Innsbruck-Land, übernahm diese vor dem Eingang des Wahllokals in der Wirtschaftskammer Tirol.

Insgesamt gibt es 70.460 Wahlrechte, wobei 52.867 Personen aktiv wahlberechtigt sind. Bei den Wirtschaftskammerwahlen kann eine Person mehrere Wahlrechte besitzen, wenn sie in verschiedenen Fachgruppen oder Branchen tätig ist.

Die heimischen Unternehmer wählen in 65 Fachorga-

nisationen ihre Branchenvertreter. In 28 Fachgruppen gibt es nur einen Wahlvorschlag; in diesen Fachgruppen findet keine Wahl statt.

Insgesamt treten 15 verschiedene Wählergruppen mit 1963 Kandidaten in den jeweiligen Fachorganisationen zur Wahl an. Der Wirtschaftsverband stellt allein 1213 Kandidatinnen und Kandidaten, gefolgt von der Freiheitlichen Wirtschaft mit 265 Kandidaten und dem Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband mit 73 Kandidaten. Weiters zur Wahl stehen diesmal die Grüne Wirtschaft, die UNOS, die Fachliste der Tiroler Industrie, die Liste Tiroler Wirtschaft, der Wirtschafts- und Arbeitsförderverein und die Liste Fritz. (TT)

# Stadt zeigt dem Eiskanal nicht die kalte Schulter

Innsbrucker Gemeinderat beschloss mit großer Mehrheit erhöhten Kostenbeitrag für Bob- und Rodelbahn. Doch es hagelte auch Kritik.

**Innsbruck** – Nach harten Debatten, letztlich aber mit breiter Mehrheit (Gegenstimmen von KPÖ, Liste Fritz und ALI, drei Enthaltungen der FPÖ) hat der Innsbrucker Gemeinderat gestern die Erhöhung des Finanzierungsbeitrags für die Generalsanierung des Iglers Eiskanal absegnen.

Der Gesellschafterzuschuss der Stadt steigt, wie berichtet, analog zum Land Tirol um 1,1 Mio. auf 10,3 Mio. Euro. In Summe kostet die Erneuerung der Bob- und Rodelbahn 31 Mio. Euro inklusive Reserve. Ursprünglich war die Kostenschätzung bei 27 Mio. Euro gelegen, der Baukostenindex

stieg jedoch deutlich stärker an als erwartet.

Es sei keine einfache Entscheidung, sagte Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA). Die grundsätzliche Frage nach dem „Warum“ habe die Stadtpolitik aber schon in der Vorperiode geklärt: „Damit der Sport weiter ausgeübt werden kann, wir da oben keine Ruine abhalten können und auch die Wertschöpfung bei uns bleibt.“

Offen ist nach wie vor, ob die Drittelfinanzierung durch den Bund, die laut Stadtführung (nur) mündlich zugesagt worden war, in voller Höhe fließen wird. Ein vom Bund im No-

vember übermittelter Fördervertragsentwurf sieht nur 8,7 Mio. Euro vor. Man trete aber gemeinsam mit dem Land weiter vehement an den Bund heran, um doch noch den vollen Drittel-Beitrag zu erreichen, erklärte Anzengruber. Die Stadt beweise mit dem jetzigen Beschluss jedenfalls Handschlagqualität.

Georg Willi (Grüne) veranschaulichte anhand des Eiskanal von Turin als „abschreckendes Beispiel“, was passiert, wenn man Infrastruktur verfallen lässt. Elisabeth Mayr (SPÖ) betonte, dass auch deshalb in den Iglers Eiskanal investiert werde, um den laufenden Be-

trieb möglichst klimaschonend und günstig abwickeln zu können (Stichwort Überdachung).

Dennoch stimmten Teile der Opposition dagegen: „Sanieren ja, aber nicht um jeden Preis“, erklärte Tom Mayer (Liste Fritz). Er ist skeptisch, dass es noch gelingt, mehr Geld vom Bund zu bekommen, die Stadt habe sich da „auf extrem dünnes Eis begeben“. Für Pia Tomedi (KPÖ) stellt sich bei 30 Mio. Euro „die Frage der Priorität“ – angesichts „fehlender Infrastruktur im Breitensport“ und drängender Probleme wie dem teuren Wohnraum in Innsbruck. (md)



**Kostspielig:** Die Stadt Innsbruck erhöht ihren Gesellschafterzuschuss für die Sanierung der Bob- und Rodelbahn in Iglers auf 10,3 Mio. Euro. Foto: Falk



Foto: Cassler Markus



Ein Scheiteltunnel soll die für den Fernpass dringend nötige Entlastung bringen

# Regierung verteidigt ihr teures Fernpass-Paket

600 Millionen Euro für den Ausbau der Fernpass-Route: Die Opposition ist alarmiert, die schwarz-rote Koalition beruhigt.

**M**ehr denn je sei die Landesregierung von der Notwendigkeit des Fernpass-Pakets samt Dosiersystemen, Lärmschutzmaßnahmen, baulichen Verbesserungen und Tunnelprojekten überzeugt, betonte der ressortzuständige LHStv. Josef Geisler nach dem gestern bekannt gewordenen Faktum, dass 500 Mio. Euro für das Fernpass-Paket nicht ausreichen: „Das Finanzierungsvolumen der Gesellschaft liegt bei 600 Millionen Euro. Diese beinhalten die Investitionen sowie weitere laufende betriebliche Aufwendungen und Finanzreserven“, rechnete LHStv. Geisler vor.

Die notwendigen Mittel stammten nicht aus dem Landesbudget „und damit nicht aus Steuermitteln“, sondern würden mittels Krediten finanziert. „Diese werden seitens der GmbH dann durch die Mauteinnahmen getilgt. Auch die

„  
*Es liegt uns fern, die Fernpassstrecke für mehr Verkehr auszubauen. Das Paket dient der Sicherheit und Entlastung. Das Fahrverbot ist nicht in Gefahr.*

LHStv. Josef Geisler, ÖVP



Foto: Christof Birbaumer

Investitionen sowie aktuelle und künftige hohe Erhaltungskosten werden so finanziert.“ Zuständig dafür sei die Fernpassstraße GmbH, die mit März ihre Arbeit aufnehmen. Geschäftsführer ist Klaus Gspan – laut Geisler ein ausgewiesener Experte im Bereich Straßenverwaltung.

Grünen-Chef Gebi Mair und Liste-Fritz-LA Andrea Haselwanter-Schneider sehen die Auslagerung an die Gesellschaft kritisch: „Ein weiteres Unternehmen, das

sich mit dem Hinweis auf das operative Geschäft jeglicher Kontrolle durch den Landtag entziehen wird“, sagt die Fritz-Parteichefin.

Es sei „bislang beispiellos, dass ein Maßnahmenpaket für Verkehrsinfrastruktur, das von großen Teilen der Bevölkerung nicht einmal mitgetragen wird, bereits vor Baubeginn derart aus dem Ruder läuft“, stellt Neos-Klubobfrau Birgit Obermüller fest. Zu befürchten sei mit Blick auf andere Bauprojekte des Landes, dass die 600 Mio. Euro nicht das Ende der Fahnenstange sein werden.

„Es gibt viele Lösungen für eine dringend notwendige bessere Anbindung an das Außerfern, und somit an den süddeutschen Raum, aber LH Anton Mattle und sein Regierungsteam haben die schlechteste Variante gewählt“, nahm FPÖ-Verkehrssprecherin Evelyn Achthorner Stellung. phil

# Umstrittenes Projekt für Wirtschaftswachstum

Drei Gemeinden wollen neues Gewerbegebiet in Unterbürg errichten. Land gab grünes Licht. Projektgegner gibt es schon.

**A**uf die Errichtung des ersten gemeindeübergreifenden Gewerbegebietes haben sich die Unterländer Gemeinden St. Johann, Going am Wilden Kaiser und Reith bei Kitzbühel verständigt. Grund dafür: In den drei Gemeinden gibt es kaum noch leistbare Gewerbeflächen und die bestehenden Betriebe stoßen schon an ihre Grenzen.

Als Standort für das neue Gewerbegebiet hat man sich auf Unterbürg geeinigt. Die „Krone“ berichtete bereits. Der Zuwachs an Arbeitskräften in der

Region wird auf 2600 geschätzt. Die jährlichen Einnahmen für die drei Gemeinden belaufen sich auf rund 450.000 Euro, die direkt in die Gemeindeentwicklung fließen sollen.

## Verkehrslenkung als wichtiger Bestandteil

Laut den Verantwortlichen sei eine „gezielte Verkehrslenkung“ ein wichtiger Bestandteil des Projekts, um das Ortszentrum zu entlasten. „Maßnahmen sind neue Straßenführungen, Tempolimits und Radarkontrollen, die den Verkehrsfluss optimieren und Durchzugsver-

kehr aus dem Zentrum fernhalten. Tonnagebeschränkungen für Schwerverkehr über 7,5 Tonnen sowie eine optimierte Einbindung des öffentlichen Verkehrs durch eine engere Taktung gehören ebenso dazu. Außerdem fördern Radwege und E-Bike-Verleihstationen die umweltfreundliche Mobilität“, heißt es. Vom Land gibt es grünes Licht für das Projekt. Unumstritten ist es jedoch nicht. Sowohl der Verein „Freunde des Niederkaisers“, Grüne und die Liste Fritz laufen gegen das Vorhaben Sturm. ms

# Panikmache oder

**Wörgler Gemeinderat diskutiert über Waffenverbotszone: mehrheitliche Zustimmung, trotz rechtlicher Hürden.**

---

**CHRISTIANE NIMPF**

---

WÖRGL. Wie (un)sicher fühlen sich Wörgler? – diese Frage stellte man sich einmal mehr bei der jüngsten Gemeinderatssitzung. Bgm. Michael Riedhart brachte nämlich einen Antrag ein, um eine Waffenverbotszone am Bahnhofplatz sowie in der Begegnungszone zu beschließen. Rechtlich gesehen ist das Ganze aber nicht so einfach. Dennoch will Riedhart, nach der gescheiterten Videoüberwachung, erneut einen Schritt für ein besseres Sicherheitsgefühl wagen. „Es hat verschiedenste protokollierte Vorfälle gegeben, vor allem in diesem Bereich. Jetzt können wir im Gemeinderat zwar nur

eine Absichtserklärung treffen bzw. einen Wunsch äußern an die Landespolizeidirektion. Bewertet wird das Ganze dann immer nach dem Sicherheitspolizeigesetz“, erklärt der Bürgermeister.

## **Video als Auslöser**

Einer der Auslöser, warum es laut Riedhart jetzt einer Waffenverbotszone bedarf, war ein Video, welches ihm Mitte Dezember letzten Jahres zugespielt wurde. Seit einiger Zeit kursiert dieses auch in den sozialen Medien. Darauf zu sehen ist ein Mann, der mit einem Baseballschläger und einer Machete beim Wörgler Christkindlmarkt in der Bahnhofstraße hantiert und pöbelt. Passiert ist in diesem Fall glücklicherweise nichts Ernstes, trotzdem war besagtes Video ein brisantes Thema bei der Sitzung. „Es gibt in Wörgl zahlreiche solcher Zwischenfälle. Ich darf daran erinnern, vor circa zwei Jahren ist jemand mit einer

Machete genau im selben Bereich in einen Imbissladen gestürzt und hat dort Gäste und Verkaufspersonal bedroht“, erinnert sich Riedhart. Die Zeiten hätten sich eben geändert. Deswegen ist für den Bürgermeister klar: „Da gehört ganz dringend nachjustiert.“

## **Unsicherheit besteht**

Überwiegend gab zustimmende Wortmeldungen. So meint etwa Gemeinderat Christopher Lentsch (FWL), dass dieser Antrag keinesfalls Panik in der Gesellschaft auslösen sollte. Er spricht wieder besagtes Video an und betont, dass solche Vorfälle einfach nicht toleriert und akzeptiert werden dürften. Auch Gemeinderat Andreas Schmidt (LHW) zeigte sich schockiert von der Gefahrensituation und hofft auf sofortige Maßnahmen. „Das subjektive Sicherheitsgefühl ist bei den Menschen nicht mehr da. Viele sagen, es muss doch etwas geben, dass man

# Sicherheit?



**Der Gemeinderat hat sich für eine Waffenverbotszone ausgesprochen. Ob diese rechtlich gesehen in Kraft treten kann, bleibt aber abzuwarten.** Foto: Nimpf

sich wieder sicher fühlt in seiner Gemeinde“, bekennt sich Gemeinderätin Gabi Madersbacher (LHW) zur Verbotzone. Immerhin sei es einen Versuch wert, meint sie. Stadträtin Elisabeth Werlberger berichtet von einer Mutter, die zu ihr ins Büro gekommen ist und erzählt hat, dass ihre Tochter auf dem Heimweg in der Bahnhofstraße belästigt wurde. „Es ist schon wahr, dass es eine Unsicherheit gibt, in der Bevölkerung“, be-

stätigt die Stadträtin. Ob eine Waffenverbotszone aber tatsächlich rechtlich überhaupt in Kraft treten kann, wird sich noch zeigen. „Es sind so viele Zwischenfälle, die nicht mal jemand mitbekommt, weil es nicht in der Zeitung steht. Ich verabscheue es, dass man so etwas beschönigt“, betont Riedhart abschließend. Dem Antrag zur Prüfung einer Waffenverbotszone in Wörgl wurde schließlich mehrheitlich zugestimmt.



# Die Dosierrampeln in Sillian bleiben vorerst außer Betrieb

Ein Verkehrsstau, der von der verkehrsgeplagten Marktgemeinde bis nach Innichen gereicht, das Aussetzen des Probebetriebs zur Folge. Die Evaluierung läuft weiter.

☰ IN KÜRZE



Hauptschuld an einem Rekordstau, der am 8. Februar von Sillian bis nach Innichen gereicht haben soll, und [in dem sich auch der Tiroler Landtagsabgeordnete und Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint unfreiwillig einreichte](#), soll das [Pilotprojekt von Dosierrampeln in Sillian](#) sein. Das stellte jedenfalls die Bevölkerung fest. Der Negativ-Rekord an diesem Tag mit behördlich gezählten 10.234 Fahrzeugen an der Messstelle (in beiden Richtungen) setzt dem Testbetrieb nun vorläufig ein Ende.

## **Der regelmäßige Verkehrskollaps verärgert und frustriert**

Die Bevölkerung hatte in den vergangenen Wochen zunehmend verärgert reagiert, weil sich der Reiseverkehr durch das enge Dorfzentrum wegen des Ampelbetriebs abwechselnd immer nur in einer Richtung in Bewegung setzen konnte. Die Folge der Anhaltungen waren kilometerlange Staus an den Samstagen, sobald in Südtirol der Urlauberschichtwechsel einsetzte. Die Ampelregelung sollte auch die Überquerung der Straße für Anrainer und Fußgänger erleichtern.

„Sillian erstickt schon seit Jahrzehnten im Verkehr, aber so schlimm wie jetzt war es noch nie“, ärgerte sich ein Anrainer, der direkt an der Durchzugsstraße ein Haus besitzt. Bürgermeister Franz Schneider, der bei seinem Amtsantritt vor drei Jahren vollen Einsatz für eine Umfahrung versprochen hatte, musste zuletzt mehrfach persönlich ausrücken, um am Straßenrand mit erbosten Gemeindegürgern die Lage zu diskutieren. Fotos und Videos von der Misere machten die Runde und erreichten auch die zuständigen Behörden.

## **Die Ampeln bleiben aus, die Evaluierung läuft weiter**

In der Vorwoche einigten sich die Gemeindeführung, ein unabhängiges Planungsbüro und die Landesstraßenverwaltung darauf, die Dosierampeln vorerst nicht mehr in Betrieb zu nehmen. Aufrecht bleibt dagegen die Verkehrszählung, um im Rahmen des seit dem Vorjahr laufenden Pilotprojektes belastbare Zahlen zum Verkehrsaufkommen zu sammeln, „um eine Gesamtbetrachtung des Pilotprojektes auf umfassender Faktenlage zu gewährleisten. Ob und wann die Dosierampeln wieder für Testzwecke aktiviert werden, ist abhängig von den Entwicklungen in den kommenden Wochen“, wie es auf Anfrage heißt.

Nach dem heurigen Sommer soll anhand der gesammelten Faktenlage entschieden werden, ob in Sillian dauerhaft Ampeln zur Dosierung des Durchzugsverkehrs installiert werden sollen.

# Anton Raggl ist Osttirols neuer Bezirkssprecher

Der Lienzer möchte für Aufklärung und Transparenz im Bezirk stehen. Zuletzt trat Raggl bei der Gemeindevahl noch für die Liste „Freiheitlich und unabhängig für Lienz – FPÖ“ an.



Liste-Fritz-Parteichefin  
Andrea Haselwanger-  
Schneider und der neue  
Bezirkssprecher für Osttirol,  
Anton Raggl

Am Freitag lud die Liste Fritz zur Pressekonferenz nach Lienz, Parteichefin Andrea Haselwanger-Schneider reiste höchstpersönlich nach Osttirol. Haselwanger-Schneider prangerte vor den Medienvertretern Ungerechtigkeiten im Bereich Pflege, speziell bei den Arbeitszeiten im Bezirkskrankenhaus Lienz an (die Kleine Zeitung wird berichten), hatte aber auch einen Personalwechsel zu vermelden: Anton Raggl aus Lienz folgt Günther Hatz (Debant) als Bezirkssprecher der Liste Fritz in Osttirol nach. „Ich freue mich auf die neue Aufgabe“, so der ehemalige Polizist Raggl. Vorab ging der Dank der Parteichefin an Hatz, der sich aus gesundheitlichen Gründen zurückziehen muss, für seinen Einsatz. Der Pensionist würde der Partei auch weiterhin „im Hintergrund tatkräftig“ zur Verfügung stehen.

ANZEIGE

## ” Ich habe mich immer zu den unabhängigen Kandidaten gezählt und möchte mit einer gradlinigen Politik überzeugen

**Anton Raggl**, Neuer Bezirkssprecher Liste Fritz

„Im von der Volkspartei dominierten Osttirol braucht es eine glaubwürdige Alternative“, sagten Haselwanter-Schneider und Raggl im Einklang: „Wir setzen uns für die Osttirolerinnen und Osttiroler ein und zeigen Ungerechtigkeiten auf.“ Bei den letzten Gemeinderatswahlen 2022 war Raggl noch für die Liste „Freiheitlich und unabhängig für Lienz – FPÖ“ angetreten. Dazu Raggl: „Ich habe mich immer zu den unabhängigen Kandidaten gezählt und möchte mit einer gradlinigen Politik überzeugen.“ Generell sieht Raggl die Liste Fritz als Kontrollpartei: „Besonders wichtig sind mir Aufklärung sowie Transparenz.“

Dabei verwies Haselwanter-Schneider auf das aus Sicht der Liste Fritz sehr gute Wahlergebnis bei den vergangenen Landtagswahlen mit einem Plus von sechs Prozent in Osttirol – vor den Grünen und den Neos. Dennoch sieht die Obfrau Potenzial für mehr und will als „wählbare Protestpartei“ zur Politik des „schwarzen Monoliths im Bezirk“ überzeugen. „Unser Ziel ist es, die Liste Fritz in Osttirol noch bekannter zu machen“, ergänzte der neue Bezirkssprecher.

# Armutszuzeugnis

## Bevölkerung wird aus Sicht der LF für dumm verkauft

(jp) Die Verkehrssituation in Tirol spitzt sich immer weiter zu, während die Landesregierung an ihren umstrittenen Infrastrukturprojekten festhält. Besonders das Fernpasspaket sorgt für Unmut, da die Bevölkerung nicht in die Entscheidung eingebunden wird.

„Regelmäßige Staus, dauerverstopfte Straßen, krankmachender Lärm und schlechte Luft. Die Menschen in Tirol sind wegen der Verkehrslawine mit ihrer Geduld bald am Ende. Sie haben genug von einer Landesregierung, die zwar ständig über die Bürger redet, aber nicht mit ihnen“, zeigt sich Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint von der neuerlichen Ablehnung einer Volksbefragung zum Fernpasspaket durch die Regierungsparteien im Februar-Landtag enttäuscht.

**SINNENTLEERT.** „Jetzt haben ÖVP und SPÖ einen Antrag der Opposition in Sachen Volksbefragung zum Fernpasspaket bzw. zum Fernpass-Scheiteltunnel im Tiroler Landtag bereits zum dritten Mal sinnentleert abgeändert und damit abgelehnt“, zeigt sich Sint erstaunt, welche Angst ÖVP und SPÖ vor der eigenen Bevölkerung haben müssen. „Sie trauen sich nicht, ihr angeblich so gutes Fernpass-Projekt der Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen. Eine Landesregierung, die rund 500 Millionen Euro Steuergeld für Tunnelbauten im Außerfern ausgeben und eine Maut auf Lebenszeit einführen will, sieht sich also nicht in der Lage, dieses Projekt der eigenen Bevölkerung als Mehrwert darzustellen. Statt die Bevölkerung einzubinden, sie anzuhören und mitreden zu lassen, fährt die Mattle-Regierung über die Bevölkerung drüber. Da fehlt es an Fingerspitzengefühl, zumal es viele offene Fragen, viele Sorgen und viele kritische Stimmen im Bezirk gibt. Diese schwarz-rote Landesregierung ist offensichtlich selbst so wenig von ihrem Projekt überzeugt, dass sie den Volkswillen bei einer Volksbefragung fürchtet“, so Sint. Ihn wundert das auch



**Klubobmann der Liste Fritz, Markus Sint, kritisiert das Vorgehen der Landesregierung.**

Foto: LF

nicht, wenn man sich die Propagandalinie der Landesregierung anschaut.

**PROPAGANDA.** Die Propagandalinie der Mattle-Regierung zum Fernpass verkauft Bevölkerung für dumm. Mittlerweile wird jeder irgendwo am Fernpass hängengebliebene Lkw von der mit viel Steuergeld bezahlten PR-Agentur der Landesregierung als Argument für den Bau des Fernpass-Scheiteltunnels missbraucht. „Statt das Lkw-Fahrverbot über 7,5 Tonnen und die Kettenanlegepflicht scharf zu kontrollieren, wird Stimmung für den Fernpass-Scheiteltunnel gemacht. Da wird die Bevölkerung bewusst für dumm verkauft. Aber die Bevölkerung durchschaut das und lehnt diese billige Propaganda der schwarz-roten Landesregierung ab“, sieht Sint im dritten Nein von ÖVP und SPÖ im Tiroler Landtag zu einer Volksbefragung am Fernpass ein absolutes Armutszuzeugnis für die schwarz-rote Landesregierung.